





Presseinformation

 An die
Vertreterinnen und Vertreter
der Medien

 Wiesbaden, 27. Februar 2018

Regierungserklärung des Hessischen Ministers des Innern und für Sport, Peter Beuth, am 27. Februar 2018 im Hessischen Landtag:

(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sicherheit braucht Verantwortung“

„Herr Präsident, meine Damen und Herren,

das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und seine Institutionen ist in einem ganz entscheidenden Maße davon abhängig, ob sich die Menschen sicher fühlen oder nicht. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger. **Für die Hessische Landesregierung hat das Thema Sicherheit deshalb seit fast 20 Jahren höchste Priorität.** Unsere Sicherheitspolitik fußt auf Erfahrung, auf Verantwortung und auf klaren Prinzipien. Deshalb ist Sicherheitspolitik in Hessen seit Jahren erfolgreich.

Unabhängige Umfragen bescheinigen einhellig, dass die große Mehrheit der Hessen sich sicher fühlt.

Im Januar 2017 gaben **vier von fünf Hessen** laut einer Umfrage des Hessischen Rundfunks an, dass sie sich sicher fühlen.

Pressesprecher:
Michael Schaich

Telefon: (0611) 353 -1607
Telefax: (0611) 353 -1608

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

<http://www.innen.hessen.de>
pressestelle@hmdis.hessen.de

Nur sieben Prozent der Befragten gaben im letzten Hestentrend an, dass die Themen Sicherheit, Kriminalität oder Terror **zu den wichtigsten Problemen in Hessen** gehörten – nochmal 6% weniger als ein Jahr zuvor. Das ist ein schönes Kompliment für unsere Sicherheitsbehörden – für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Vertrauen der Menschen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden befindet sich auf einem stabilen und hohen Niveau. Dieses Vertrauen ist hart erarbeitet.

Sicherheit braucht Verantwortung. Die Landesregierung nimmt diese Verantwortung an und sie nimmt die Verantwortung wahr.

[Kriminalitätsbelastung auf niedrigstem Stand seit fast 40 Jahren]

Die Bedingungen für unsere Sicherheitsbehörden weiter zu verbessern, sodass die Frauen und Männer von Polizei und Verfassungsschutz ihre Arbeit machen können – das ist seither eine der wichtigsten Leitlinien, hessischer Sicherheitspolitik. Die **Landesregierung hat die Weichen für schlagkräftige, moderne und effektive Sicherheitsbehörden in Hessen gestellt.** Und das schlägt sich schwarz auf weiß in der Polizeilichen Kriminalstatistik für das letzte Jahr nieder:

- Die **Kriminalitätsbelastung ist auf den niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren gesunken** (rund 375.000 Straftaten 2017).
- Rund **63 Prozent** (62,8 Prozent) **der Straftaten wurden letztes Jahr aufgeklärt.** Das ist der **höchste jemals gemessene Wert, seit Einführung der Kriminalstatistik** im Jahr 1971. Vor zwanzig Jahren wurde noch weniger als die Hälfte der Fälle (1998: 47,4 Prozent AQ) geklärt, während wir uns inzwischen der Zwei-Drittel-Marke nähern.
- Alle Polizeipräsidien liegen bei der Aufklärungsquote über 60 Prozent.
- Die **Straßenkriminalität** konnte dank entschlossener und harter Polizeiarbeit in den letzten 20 Jahren messbar eingedämmt werden: **Die Zahl der Fälle hat sich halbiert** (1998: 127.426; 2017: 67.892), **während sich die Aufklärungsquote nahezu verdoppelt hat** (1998: 13 Prozent; 2017: 23,6 Prozent).
- Wir haben in Hessen **Wohnungseinbrechern den Kampf angesagt.** Eine Entscheidung, die sich nun auch auf die Statistik auswirkt: Im **Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Wohnungseinbrüche um mehr als 20 Prozentpunkte** (20,4 Prozent) **ab** und sank auf den niedrigsten Wert seit neun Jahren (2008: 7.313; 2017: 8.287).

Bei dem so wichtigen Indikator der Versuche wurde der höchste jemals gemessene Wert von knapp 50 Prozent (49,7 Prozent) erzielt. Eine hohe Versuchsquote bedeutet nichts anderes, als dass die Präventionsarbeit der hessischen Polizei wirkt. **Sicherheit braucht Verantwortung auch vonseiten der Bürgerinnen und Bürger.** Bürger leisten durch ihr Verhalten und durch ihre Aufmerksamkeit gerade in diesem Deliktsfeld wichtige Beiträge zum Erfolg unserer Arbeit.

[Einstellungsoffensive bei der hessischen Polizei]

Wir brauchen eine starke Polizei, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Daher möchte ich gerade an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen der Polizei **meinen Dank für ihre herausragende Arbeit** aussprechen.

Ich erinnere mich noch genau, als die „Gewerkschaft der Polizei“ vor mittlerweile zweieinhalb Jahren gefordert hatte, dass wir 800 bis 1.000 zusätzliche Stellen schaffen sollten. **Wir stellen aber nicht 800 bis 1.000 zusätzliche Polizeianwärter ein, wir haben daraus mehr als 1.500 gemacht.** Mit der **Einstellungsoffensive der hessischen Landesregierung** erhalten die Kolleginnen und Kollegen eine nie dagewesene Verstärkung. 1.520 zusätzliche Anwärter: Das ist ein **Stellenplus von elf Prozent seit Beginn der Legislaturperiode**, ein Sicherheitsplus für die Bürgerinnen und Bürger und ein weiterer Beleg dafür, dass für die Landesregierung Sicherheit an erster Stelle steht.

Von dieser nie dagewesenen Einstellungsoffensive **werden alle Dienststellen des Landes profitieren, sodass wir sichtbar mehr Polizei hessenweit auf der Straße haben werden.** Gleichzeitig können wir so bewusst Schwerpunkte setzen, im Kampf gegen Extremisten oder die Organisierte Kriminalität.

[Moderne Ausstattung und Innovationen aus der Polizei]

Der **Kampf gegen den Terror** hat die Arbeit der Polizei im Hinblick auf Ausbildung und Ausstattung bereits jetzt ganz entscheidend verändert. Die Landesregierung steht dabei fest an der Seite unserer Polizistinnen und Polizisten, damit sie für den Ernstfall vorbereitet sind.

- Landesweit haben wir die Polizei mit sog. **Notinterventionsteams** auf diese besondere Herausforderung eingestellt. Für eine **verbesserte Dienst- und Schutzkleidung der Polizeivollzugsbeamten** gibt die Landesregierung in zwei Jahren fast 20 Mio. Euro aus. Dazu gehören auch **10.000 Schnittschutz-schals für unsere Streifenpolizisten**, um sie vor Messerattacken besser zu schützen.
- Ferner unterstützt die hessische Polizei bei Veranstaltungen landesweit bei der Erstellung von individuellen Sicherheits-konzepten und bei deren Durchführung. Zu den zur Verfügung gestellten Instrumenten gehören dabei moderne **mobile Videoüberwachungsanlagen** genauso wie das **Warnsystem KATWARN**, das mittlerweile mehr als eine halbe Million Menschen in Hessen nutzen und von der Polizei landesweit eingesetzt wird.
- **Moderne Videoüberwachungsanlagen** in unseren Städten und Gemeinden sind ein weiterer wichtiger Baustein für eine effektive Sicherheitsarchitektur in Hessen. Wir stärken damit nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürger vor Ort, sondern ermöglichen auch eine verbesserte Strafverfolgung. Die hessische Polizei liefert dabei das Knowhow und hilft den Kommunen einen geeigneten Standort zu finden und

übernimmt die Überwachung der Bilder. Zwei Drittel der Kosten übernimmt die Landesregierung. **Für die Förderung von Videoüberwachungsanlagen der Städte und Gemeinden stellt das Land deshalb auch jährlich 1,3 Millionen Euro zur Verfügung.**

Nur eine innovative Polizei ist eine zukunftsfähige Polizei. Deshalb werden regelmäßig neue Einsatzmittel getestet: Seien es **Drohnen** für die Verkehrsüberwachung und die Tatortdokumentation oder der **Taser** als weitere mögliche Alternativbewaffnung für unsere Schutzleute, um nur zwei Beispiele zu nennen.

[Angriffe auf Einsatzkräfte müssen geächtet werden]

Innovationen aus den Reihen der hessischen Polizei haben bei uns Tradition: So hat sich die **Body-Cam zu einem Exportschlager unter den Bundesländern entwickelt** und wird mittlerweile bundesweit eingesetzt. Das Tragen der Schulterkameras schreckt bei Kontrollen in Brennpunktbereichen potenzielle Aggressoren ab und trägt zu einer Deeskalation der Kontrollsituation bei. Zurzeit sind 99 Body-Cams im Einsatz. ***Wir werden noch dieses Jahr weitere 300 Stück für die Kolleginnen und Kollegen bereitstellen und so die Ausrüstung der Schutzleute weiter verbessern.***

Aber, trotz Body-Cams und moderner Schutzausstattung gab es **2017 mehr als 3.500 Übergriffe auf Polizeivollzugsbeamte** – ein trauriger Höchststand. Wir dürfen niemals dulden, dass diejenigen, die uns schützen, die für uns tagtäglich den Kopf hinhalten, Gegenstand von tätlichen Angriffen werden. Der Staat muss eine klare Grenze ziehen. Daher halte ich nach wie vor eine **Mindeststrafe von sechs Monaten für Angriffe auf Einsatzkräfte für notwendig**. Das zeigt den besonderen Unwert eines solchen Angriffs auf, denn **die Täter kämen dann nicht mehr mit einer Geldstrafe davon**. Wir haben mit unserer Bundesrats-Initiative eine Debatte und eine Verbesserung erreicht. Die Landesregierung wird aber nicht lockerlassen und ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich dieses Thema ganz oben auf die To-Do-Liste schreibt.

[Verfassungsschutz im Kampf gegen Terrorismus unverzichtbar]

Die Bedrohung durch den Terrorismus ist die größte Herausforderung, vor der die hessischen Sicherheitsbehörden jemals standen. Auch wenn der sogenannte Islamische Staat immer weiter an Boden verliert, senkt der militärische Misserfolg in Syrien und im Irak keineswegs die Wahrscheinlichkeit für einen Anschlag in Europa oder der Bundesrepublik. **Ein islamistisch motivierter Anschlag ist jederzeit möglich und wir alle leben mit einer anhaltenden Bedrohungslage. Auch wenn für den einzelnen Bürger das Risiko gering ist, Opfer eines Anschlags zu werden, ist diese Gefahr da.** Sie wird uns noch viele Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte begleiten.

Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist sich dieser Tatsachen bewusst. Sie hat sich entschieden, mit dieser sogenannten latenten Bedrohung zu leben und sich **nicht von Gefühlen der Angst oder vom Terror die Lebensweise diktieren zu lassen**. Sie entscheiden sich für die Wahrnehmung ihrer Freiheit in Deutschland und Europa.

Die Sicherheitsbehörden wollen diese Risiken so niedrig wie möglich halten. Die Hessische Landesregierung stärkt deshalb auch gezielt das Landesamt für Verfassungsschutz. **Bis 2019 wird das LfV auf 370 Planstellen angewachsen sein, das ist eine Verdopplung seit dem Jahr 2000.**

Wir wollen vor allem Anschläge verhindern und die Menschen bestmöglich vor Terror und Extremismus schützen. Dafür müssen wir dem Verfassungsschutz die notwendigen Instrumente in die Hand geben und den Einsatz unter eine wirksame parlamentarische Kontrolle stellen. Dies erreichen wir durch unser neues LfV-Gesetz.

[Extremismusprävention mit Vorbild-funktion]

Wir dürfen keine Radikalisierungsräume akzeptieren. Weder dulden wir verblendete Hassprediger, die jungen Menschen in Hinterhofmoscheen weismachen, der schnellste Weg ins Paradies führe über einen Selbstmordanschlag. Wir müssen aber auch hirnlosen, Parolen-grölenden Rechtsextremisten klarmachen, dass sie für ihre Konzerte oder Hau-Drauf-Veranstaltungen einen weiten Bogen um Hessen machen müssen. Im gleichen Zuge muss es ein gesamtgesellschaftlicher Konsens sein, dass Linksextremisten nicht Rückzugsräume besetzen können, um sich dort darauf vorbereiten zu können, wie sie Repräsentanten des Staates vorführen können oder ihnen im schlimmsten Fall gezielt Verletzungen beibringen können.

Es gibt keinen guten Extremismus und deshalb werden wir auch das herausragende Engagement und die Vorreiterrolle, die Hessen zu Recht bundesweit bei seinen Präventionsprogrammen eingenommen hat, weiter ausbauen.

Seit Beginn unserer Präventionsoffensive im Themenfeld Extremismus wurden die Haushaltsmittel von Jahr zu Jahr erhöht. 2017 standen bereits 4,6 Millionen Euro zur Verfügung und **im Doppelhaushalt 2018/19 wird diese Summe noch einmal deutlich auf rund sechs Millionen Euro pro Jahr angehoben** (davon rund 1,1 Millionen Euro Bundesmittel).

[Straftäter müssen konsequent zurückgeführt werden]

Hessen hat seit 2015 ein besonders humanitäres Gesicht in der Flüchtlingskrise gezeigt. **Um aber die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen zu erhalten, müssen wir dafür Sorge tragen, dass Ausreisepflichtige unser Land auch wieder verlassen.**

Der Staat muss aber vor allem seine Ressourcen nutzen, um kriminelle Ausländer konsequent zurückzuführen. Dies ist ein Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden, weil das Verständnis für „kriminelle Ausländer“ nun mal nicht gegeben ist.

Um Mehrfach- und Intensivtätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit wirksam entgegentreten zu können, setzt die hessische Polizei daher seit Juli 2016 auf unser BasA Konzept („Besonders auf- und straffällige Ausländer“). Ausländerbehörden, das BAMF, Staatsanwaltschaften und Polizei arbeiten dabei noch enger zusammen, um eine beschleunigte Abschiebung zu forcieren. Im Jahr 2017 konnten gegen mehr als 100 besonders auf- und straffällige Ausländer aufenthaltsbeendende Maßnahmen umgesetzt werden. Über 500 besonders auffällige Straftäter stehen derzeit insgesamt im Fokus der Ermittler.

Die Rückführung von ausländischen Straftätern verbessert unmittelbar nach erfolgter Rückführung die Sicherheitslage in unserem Land. Dies gilt auch gerade für islamistische Gefährder. **Herkunftsstaaten, die ihre eigenen Staatsbürger verleugnen, muss die Bundesregierung unmissverständlich verdeutlichen, dass so ein Verhalten Konsequenzen in der Entwicklungshilfe, der wirtschaftlichen Unterstützung oder der Visa-Politik hat.**

[Schwerpunkt Frankfurter Bahnhofsviertel]

Sicherheit braucht Entschlossenheit. Wie wahr dieser Satz ist, hat die Entwicklung der letzten knapp anderthalb Jahre rund um den Frankfurter Hauptbahnhof gezeigt. Wir haben mit der Besonderen Aufbauorganisation erhebliche Kraftanstrengungen unternommen, um die Drogen- und Straßenkriminalität dort gezielt zu bekämpfen und die Situation für Anwohner, Gewerbetreibende und Gäste zu verbessern. Wir haben dort Erfolg. Dieser Erfolg ist übrigens wichtig für das Sicherheitsgefühl in ganz Hessen. Bürger erkennen, dass die Sicherheitsbehörden keine rechtsfreien Räume zulassen. Das Land hat jetzt mit der neuen Regionalen Einsatz- und Ermittlungseinheit einen wichtigen Beitrag geleistet. **Fast 150 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte sorgen täglich für Sicherheit.** Mit dieser starken Präsenz und gezielten verdeckten Maßnahmen machen wir Dealern und anderen Kriminellen klar, **dass der Staat keine rechtsfreien Räume duldet.**

Die Verantwortung für die Sicherheit im Bahnhofsviertel geht aber mit diesem Engagement nicht ausschließlich auf die hessische Polizei über. Das haben wir unseren Sicherheitspartnern von der Stadt Frankfurt von Anfang an klargemacht. Wir sind mutig vorangegangen – die Sicherheitspartner vor Ort ziehen jetzt nach. Ich bin nach dem Gespräch mit Vertretern der Stadt, der Deutschen Bahn und der Bundespolizei zuversichtlich, dass auch unsere Partner ihren Einsatz für die Menschen vor Ort noch weiter intensivieren werden. Die Sicherheitsexperten der hessischen Polizei stehen dabei der Stadt Frankfurt, wie auch allen anderen Kommunen in Hessen mit Rat und Tat zur Seite. Dieser Erfolg hängt eben nicht allein von unseren tüchtigen Polizeivollzugsbeamten ab.

[Klarer KOMPASS für Hessens Städte und Gemeinden]

Sicherheit braucht Partner. Mit KOMPASS haben wir ein neues Kapitel in der Sicherheitsstrategie des Landes Hessen aufgeschlagen. Unsere Modellkommunen **Hanau, Bad Homburg, Maintal und Schwalbach am Taunus** leisten zurzeit Pionierarbeit für die kommunale Familie in ganz Hessen. Wir wollen **mit KOMPASS die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterentwickeln** und gemeinsam **passgenauere Lösungen** für Probleme vor Ort finden. Dabei werden wir unseren Schwerpunkt auf die Prävention setzen. Wir wollen damit die Erfolge, die wir bei der Sicherheit in Hessen in den vergangenen Jahrzehnten erzielen konnten, sichern. Anhand der konkreten Bedingungen in den Städten und Gemeinden werden wir mit gezielten Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass es zu weniger Kriminalität kommt und die Bürger sich noch sicherer fühlen können. Unsere Modellkommunen sind dabei auf einem guten Weg und ich bin zuversichtlich, dass wir sehr zeitnah das Programm KOMPASS auf ganz Hessen ausweiten werden.

[Gemeinsam Verantwortung für ein sicheres Hessen übernehmen]

Anrede,

Sicherheit braucht Verantwortung. Erfolge im Kampf gegen die Kriminalität rund um den Frankfurter Hauptbahnhof oder die gerade wachsenden Kooperationen im Rahmen von KOMPASS sind beste Beispiele dafür, dass sich durch eine bessere Zusammenarbeit vor Ort auch die Sicherheitslage Schritt für Schritt verbessern kann. Die hessische Polizei ist dabei zu Recht der erste Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Sicherheit in unserem Land geht. Deshalb räumt der Staat seinen Polizistinnen und Polizisten ein breites Aufgabenspektrum und einen Katalog an Eingriffsrechten ein, wie keiner anderen Institution. Dennoch ist die Polizei auf die Hilfe von Bürgern, kommunalen Entscheidungsträgern angewiesen.

Hessen nimmt die Verantwortung für Sicherheit der Hessinnen und Hessen ernst und wir nehmen sie gewissenhaft wahr. Das große Vertrauen, das die Menschen in unserem Land in die Arbeit der Sicherheitsbehörden und in die Arbeit der Landesregierung setzen, sehe ich als Bestätigung geleisteter Arbeit aber auch als Auftrag und Verpflichtung an, weiterhin hart daran zu arbeiten. Wir werden in unserem Bestreben die Sicherheitspolitik in Hessen immer wieder neu zu denken und zu bewerten, um damit ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, nicht nachlassen.

Unsere **Leitplanken für die verantwortungsvolle Sicherheitspolitik der Gegenwart und Zukunft** sind klar:

- **Sicherheit braucht Verantwortung.** Die Hessische Landesregierung hat sich in einer Epoche besonderer sicherheitspolitischer Herausforderungen der Verantwortung

für die Sicherheit der Hessinnen und Hessen gestellt und verantwortungsvoll gehandelt.

- **Sicherheit braucht Entschlossenheit.** Die Hessische Landesregierung hat durch ihre zukunftsweisenden Investitionen in die Sicherheitsbehörden bewiesen, dass sie mutig vorangeht, wenn es darum geht, die Sicherheitsbehörden für die Herausforderungen von Morgen fit zu machen. Mit der Verlagerung von Ressourcen der gesamten hessischen Polizei ins Frankfurter Bahnhofsgebiet haben wir verdeutlicht, dass wir mutig vorgehen, um für Sicherheit zu sorgen.
- **Sicherheit braucht Partner.** Der Erfolg der Sicherheitsbehörden hängt auch von vielerlei Unterstützung ab. Nicht nur im Frankfurter Bahnhofsviertel haben wir mit dem Engagement der Polizei die Sicherheitspartner vor Ort ermutigt, ihrerseits einen Beitrag für mehr Sicherheit zu leisten. Mit dem kommunalen Sicherheitsprogramm KOMPASS setzen wir gezielt auf die Kraft der Sicherheitspartnerschaft, um lokal für mehr Sicherheit zu sorgen. Mit dem partnerschaftlichen Sicherheitsengagement werden wir auch langfristig das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken. Wir brauchen die Bürger als wachsame Nachbarn, als Zeugen oder bei der Sicherung ihres Hab und Guts.
- **Sicherheit braucht Innovationen.** Mit den Sicherheitsmaßnahmen der letzten Jahre haben wir immer wieder gezielt auf Innovationen gesetzt. Nicht nur, dass wir neue Wege mit neuen Partnerschaften eingeschlagen haben, um die Sicherheit weiter zu verbessern. Ich erinnere daran, dass der Hessische Verfassungsschutzpräsident im letzten Jahr in Einzelbesuchen persönlich die hessischen Landräte über extremistische Gefahren informiert hat. Wir setzen auch gezielt auf neue technische Lösungen. Diese kommen oft von denen, die es am besten wissen; von den Praktikern, die sich tagtäglich Gedanken um unsere Sicherheit machen. Die Body-Cam, in Hessen erdacht und bundesweit erstmals umgesetzt, wurde mittlerweile von vielen als wichtige Ergänzung der modernen polizeilichen Arbeit übernommen. Ebenso haben wir mit der Prognosesoftware KLB-operativ Einbrechern auf intelligente Weise den Kampf angesagt. Die Landesregierung hat in den Behörden das mitdenken und mitgestalten gezielt gefördert. Hessische Sicherheitspolitik steht synonym für kluge Innovationen in unsere Sicherheit. Dafür steht sie heute und auch morgen.
- **Wir stellen uns der Verantwortung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit allen erforderlichen Partnern: entschlossen, innovativ und am Ende erfolgreich!**